

b & k Berichte & Kommentare

2/2020

Mit Religion gegen Gewalt?
Jahrestagung
am 19. September 2020
Details auf dem eingeleigten Flyer

- Was macht Corona mit uns?
- Die Zehn Quellen des Aufbruchs
- Der Landesbischof kommentiert die Zehn Quellen
- Frieden zwischen Juden und Arabern ist möglich
- Vor 200 Jahren: Friedrich Engels
- Vor 75 Jahren: Hiroshima

**Arbeitskreis
Evangelische
Erneuerung**



3 Editorial

- 4 Was macht Corona mit uns? Die Pandemie ist hier und viele Fragen offen
- 8 Habermas zu Corona
- 9 Ruhig und solidarisch das Notwendige tun. Theologie in Zeiten von Covid 19 / Von Hans-Gerhard Koch
- 12 Nach Corona zurück zur Tagesordnung? Interview mit Karl Georg Haubelt
- 15 Die Zehn Quellen werden zehn/ Von Martin Kleineidam
- 19 Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm zu den Zehn Quellen des Aufbruchs
- 21 Dialog statt Konflikt – BDS, Kairos Palästina und die EKD / Von Lutz Taubert
- 23 Frieden zwischen Juden und Arabern ist möglich / Interview mit der Jüdisch-Palästinensischen Dialoggruppe München
- 25 Schluss mit Krieg – Der Muttertag im Wandel der Zeiten / Von Marlene Faltermaier-Jahn und Silvia Weißhaar
- 27 Das Stuttgarter Schuldbekenntnis, die alten Nazis und die Mitläufer / Von Hans-Gerhard Koch
- 28 Seit‘ an Seit‘ mit Karl Marx – Der Geburtstag von Friedrich Engels jährt sich zum 200. Mal / Von Hans-Gerhard Koch
- 29 Hiroshima – Äußerstes Mittel der Friedenssicherung? / Von Hans-Willi Büttner
- 31 Kirchen – Klimaneutral bis 2050? / Von Gerhard Monninger
- 32 Bericht aus dem Leitenden Team
- 33 Berichte aus den Regionalgruppen
- 35 Impressum
- 36 Das Letzte: Denkbare Denkmalsturz / Von Lutz Taubert



Juni 2020

Liebe Leserin, lieber Leser, dass man den Ursachen der Corona-Pandemie auf den Grund gehen muss, um den Schaden zu begrenzen und hoffentlich beenden zu können, ist klar. Und wie gehe ich als gläubiger Mensch damit um? Zum Glück hatte ich in jungen Jahren einen gütigen Gemeindepfarrer, der nicht hereingefallen ist auf die Gottesgerichtsdeuter, wenn mal wieder etwas Schlimmes die Lande in Aufruhr versetzte. Ich begriff, was Glaube ausmacht: wach sein, das Leben sehen, wie es ist, und praktisch reagieren mit Gottes- und Menschenliebe. Was dabei herauskommt, ist nicht immer eindeutig klar, sondern darf und muss wohl Platz schaffen, um die Geister zu unterscheiden. Glaube, Theologie, Kirche und Gesellschaft

mit und nach Covid-19: Vielleicht gehört zu den Nebenwirkungen des Virus ein gewisser Auflösungseffekt, was unsere Trägheitsmomente betrifft. Es kribbelt Spannung in mir. Darum unsere Diskussionsbeiträge, die kritischen Einwürfe, die Zuspitzungen, z. B.:

- Juden und Palästinenser im Dialog. Ohne starre Fronten und mit den wichtigen Zwischentönen.
- Lernen aus der Vergangenheit. Vor 75 Jahren fielen in Japan die Atombomben. Vor 200 Jahren wurde Friedrich Engels geboren, einer der sich nicht abfinden wollte mit dem Elend unter den Menschen.
- Die „Zehn Quellen des Aufbruchs“, eine quasi kirchliche Verlautbarung des AEE, sind zehn Jahre alt geworden.

Lassen Sie sich anregen und mitnehmen!

Ihr Hans-Willi Büttner

Die Pandemie ist hier und viele Fragen offen

Was macht Corona mit uns?

„Wie verändert Corona Politik und Gesellschaft, Kirche, Ihr persönliches Lebensumfeld?“ Unsere Umfrage unter evangelischen Christen in Bayern war bewusst offen formuliert, und so hatte ein jeder, eine jede der Befragten die Möglichkeit, aus persönlicher Betroffenheit oder/und quasi als Kommentator der Weltlage zu antworten. Herausgekommen ist ein Sammel-Essay von einer geradezu spannenden Vielfalt. Ein bunter Strauß von Selbstbeobachtungen, Reflexionen und Deutungen, Vermutungen und offenen Fragen.



Elke Zimmermann, Journalistin (evangelische Funkagentur) und Mitglied der bayerischen Landessynode, München:

Als ich am 9. März meinen Kalender ansah,

betete ich darum, dass wenigstens einer meiner vielen Termine abgesagt würde. Neben meiner Vollzeitarbeit standen noch der Kommunalwahlkampf, ein KV-Tag, ein Drehtermin am Sonntag, sowie mein Sprachkurs, ein Besuch bei der Kosmetikerin und das erste Treffen der neu gewählten Landessynodalen beim Regionalbischof auf dem Plan. Am Donnerstag, dem 12. März, waren alle Termine gestrichen. So gründlich war noch nie ein Gebet von mir erhört worden.

Für die neue Landessynode war Corona eine Vollbremsung. Immer noch ist die alte Besetzung im Amt, muss einen Nachtragshaushalt erstellen, um krisenbedingte Verluste einigermaßen abzufedern. Der Gedanke an einbrechende Steuereinnahmen und fehlende Geld-

mittel der Landeskirche treibt mich um. Nun stehen wir als Landessynode möglicherweise früher als befürchtet vor Entscheidungen, die niemand gerne treffen mag: Wo muss gekürzt werden? Deshalb hoffe und bete ich, dass sich die Wirtschaft möglichst bald wieder erholen wird. Aber viel wichtiger ist, dass schnell ein Medikament oder ein Impfstoff gegen Covid-19 gefunden wird und möglichst wenig Menschen darunter leiden.



Heiko Kernstock, Rummelsberger Diakon und Diplomtheologe, Heilsbronn:

Geld oder Leben? Gott sei Dank leben wir in der „reichen“ Bundesrepublik und

unser tägliches und gesellschaftliches Leben ist doch viel komplexer.

Dennoch zeigte mir die Krise existenziell: Danke, lieber Gott, dass ich leben und atmen kann und dass von mir kein direkter Angehöriger verstarb. Die Sache mit dem Leben scheint geklärt. Doch das

politisch-wirtschaftlich scheinbar alles entscheidende Geld: Welche Konsequenzen sind daraus zu ziehen?

Die soziale Kontaktsperre machte uns allen bewusst, wir leben nicht allein. Die Wertschätzung und Freundlichkeit unserer Mitmenschen tut uns in der Seele gut. Wir profitieren von der Arbeit der anderen (vor Ort und weltweit). Wir praktizieren Solidarität.

Darum lasst uns in Menschen (und in unsere gemeinsame Zukunft) investieren. In eine staatliche Infrastruktur, die den Einzelnen mündig macht und am demokratischen Streit teilnehmen lässt. Konkret: Wie wir mit Schwachen, Minderprivilegierten, mit der Würde der anderen und unseres Gegenübers umgehen, daran zeigt sich, woran unser Herz hängt. Oder, mit anderen Worten, ob uns letztlich Geld oder Leben wichtiger ist.

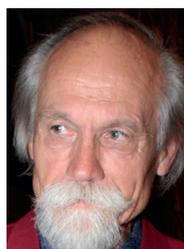


Johanna Haberer,
evangelische Theologin,
Journalistin und Profes-
sorin für Christliche Pu-
blizistik in Erlangen:

Ich erkenne, wie unendlich viel Zeit ich in Zügen verbracht habe und bin froh über die vorübergehende Sesshaftigkeit. Die Gesellschaft wird durch die Erfahrungen mit den neuen Online-Arbeitsformen langfristig viel flexiblere Varianten von Arbeit entfalten. Das wird spannend und wird die Balance zwischen Beruf und Familie leichter machen, wird den Straßenverkehr entlasten, Büroräume verbilligen. Wir an der Uni haben die Online-Lehre

entdeckt und neben Nachteilen – insbesondere für die geisteswissenschaftlichen Fächer, denen eine „barrierefreie Diskussionskultur“ fehlt – viele Vorteile der ZOOM-Seminare wahrgenommen.

Die Kirchengemeinden sind in die digitale Sphäre gestürzt worden und haben da interessante Erfahrungen gemacht. Hunderte Gottesdienstteilnehmer beim „digitalen“ Abendmahl am Gründonnerstag, wunderschöne Gottesdienstübertragungen in Radio und Fernsehen, der tägliche Gruß vom Seelsorger im Sonnenaufgang. Pastorale Arbeit wird auch online gehen und diese digitale Entfernung zwingt uns Theologen und Pfarrern, persönlicher zu werden in Sprache und Performance. Ein Abenteuer!



Erwin Schelbert,
Studiengesellschaft
für Friedensfor-
schung, München:

Ich hoffe, dass nach Corona sich in allen Lebensbereichen etwas verändern wird, weil ein neues Be-

wusstsein über die Verletzbarkeit des Menschen hoffentlich zu einer neuen Wertschätzung menschlichen Lebens führt.

Als friedensbewegter Mensch (Projektgruppe Münchner Sicherheitskonferenz verändern) sehe ich nur die Notwendigkeit, das Virus zu bekämpfen, nicht jedoch Menschen, zumal keine akute Bedrohungslage für uns besteht. Wenn die Rüstungsausgaben 2019 weltweit um 3,6 Prozent, in Deutschland sogar um 10

Prozent gestiegen sind, wäre Corona ein Anlass, sie jetzt drastisch zu kürzen und das Geld besser in die Bekämpfung der Pandemie und in Gesundheitsvorsorge zu investieren. In seiner Osterbotschaft forderte der Papst: „Die Welt braucht Brot statt Waffen.“ Im konziliaren Prozess wurde deutlich, dass die Trias Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung zusammengehört. Darum darf es jetzt kein Zurück zu einem für Klima und Mensch zerstörerischen Wirtschaften und Konsumverhalten geben. Dafür will ich mich verstärkt einsetzen.



Heike Komma,
Diplom-Religions-
pädagogin bei der
Gesamtkirchen-
gemeinde Bayreuth:

Viel hat sich geändert:
Aus dem Kirchplatz-treff, in dem ich ar-

beite, einem Haus, in dem Menschen ein und aus gehen, einander begegnen, lernen und lachen, weinen und einander trösten, ist ein stilles Haus geworden. Die Flure sind leer.

Doch nun soll hoffentlich bald wieder Leben in unsere Räume und Gänge kommen, schrittweise werden wir wieder öffnen. Doch es wird anders sein: Hygieneregeln und Maßnahmen bringen Veränderungen in den Abläufen unserer Kurse, den Begegnungsmöglichkeiten und den Mahlzeiten.

In den letzten Wochen habe ich versucht, Kontakt zu halten. Die allermeisten unserer Stammgäste haben kein Internet

und so haben wir Telefon und gelbe Briefpost benutzt. U. a. habe ich eine Telefonkette initiiert. Das kommt gut an, Rückmeldungen zeigen mir, dass die Leute sich schon richtig auf die Telefonate freuen; und auch die Verbundenheit untereinander wächst.

Was sich auch verändert hat, ist die Art und Weise, wie Entscheidungen getroffen werden, nämlich von oben nach unten, und ich lerne: Ich bin ganz unten. Nicht ich entscheide, sondern Staatsregierung, Landeskirche, Dekan, Geschäftsführer. Ich hoffe, das ändert sich auch wieder!



Gernot Sittner,
ehemaliger Chefredak-
teur der Süd-
deutschen Zeitung,
München:

Die Frage kommt zu
früh, denn die Ant-
wort hängt von der

Antwort auf eine Reihe weiterer, offener Fragen ab: Wird es einen Impfstoff geben – und wenn ja, wann und für wen? Wird vorher noch eine zweite Infektionswelle kommen? Wie gravierend werden die wirtschaftlichen Schäden sein? Wie stark wird sie jeder Einzelne spüren? Und wie diszipliniert werden sich die Menschen verhalten, sollten die Beschränkungen verschärft oder gelockert oder gar aufgehoben werden? Werden wir als Gesellschaft, wird die Politik die Corona-Krise auch als eine Chance zu Reformen begreifen – und nutzen? Zu Reformen in erster Linie, was unsere

Wertschätzung sozialer Berufe (nicht zuletzt in Euro) angeht? Wird sich unsere Gesellschaft, wird sich jeder Einzelne – sei es notgedrungen, sei es aus freien Stücken – dazu durchringen, seine Lebensweise so zu verändern, dass der Klimawandel und die Umweltzerstörung, wenn schon nicht angehalten, so zumindest spürbar gebremst werden? Lauter offene Fragen.



**Sieglinde Klemm,
ehemalige Rektorin
des Predigerseminars
Nürnberg:**

Zu Beginn der Krise erlebte ich im persönlichen Umfeld fast eine Erleichterung:

Viele Verpflichtungen wurden abgesagt, es gab freie Nachmittage und Abende... Mit Verwunderung und einem leicht ironischen Lächeln bemerkte ich, dass solch ein kleiner Virus eine so große und verunsichernde Wirkung auf das globale Geschehen hat. Es wurde deutlich, dass wir zwar handeln müssen, die Folgen aber nur schwer abschätzen können. Mit Achtung habe ich die Informationspolitik und das besonnene Handeln der Kirchen erlebt. Ein großer Aufwand an Überlegungen und Maßnahmen machte eine andere, dennoch sinnvolle Weiterführung der Arbeit möglich. Das habe ich vor allem im Bereich der Seelsorge mitvollziehen können: Statt im persönlichen Gespräch suchten verunsicherte Menschen am Telefon Halt und Struktur. Ich bin nicht sicher, ob die Gesellschaft

nachhaltig daran festhalten wird, dass Verzicht und Umsteuern möglich sind. Aber vielleicht nützt doch eine Erinnerung an den Einfallsreichtum, der diese Zeit reich gemacht hat.



**Luisa Taubert, Religi-
onswissenschaftlerin
und Sozialarbeiterin,
München:**

Ich arbeite im Bereich der Radikalisierungsprävention und Demokratieförderung.

Mit unseren Bildungsprogrammen sind wir an Schulen unterwegs. Wegen der Schulschließungen ging und geht das derzeit nicht mehr. Gleichzeitig sehe ich durch rassistische Übergriffe und menschenfeindliche Verschwörungstheorien in Zusammenhang mit Corona leider wieder einmal mehr bestätigt, wie wichtig unsere Arbeit ist. Die globalisierte Welt, Demokratie, der Rechtsstaat und natürlich auch die Pandemie: All das sind hochkomplexe Phänomene. Verschwörungstheoretiker/innen und Populist/innen bieten erst mal bestechend einfache Erklärungen und Lösungen für all das. Hat jemand aufgrund der Kontaktbeschränkungen wenig sozialen Kontakt und ist viel im Internet auf entsprechenden Seiten unterwegs, ist die Gefahr, in so ein Weltbild zu rutschen, besonders groß. Deshalb bin ich froh, dass jetzt wieder langsam die Schulen, Bildungseinrichtungen und Orte sozialer Arbeit öffnen. Denn auch menschenfeindliche Einstellungen sind eine Bedrohung für

unsere Gesellschaft, die bekämpft und abgewendet werden muss.



**Paul Kleineidam,
Student Assistant der
Universitätsmedizin
Mannheim:**

Die Corona-Pandemie wird einen negativen Einfluss auf die Weltwirtschaft haben, es

wird viele Firmen- und Privatinsolvenzen geben, die Arbeitslosenquote wird weltweit steigen. Durch das Aufnehmen neuer Staatsschulden wird die finanzielle Handlungsfähigkeit vieler Volkswirtschaften verringert werden. Dieser Schritt ist zwar notwendig, bedroht aber auch das seit der Finanzkrise 2008 stark angeschlagene internationale Wirtschafts- und Finanzsystem.

Die Probleme werden insbesondere spätere Generationen belasten, da sie es sein werden, die die Altschulden ihrer Eltern- und Großelterngeneration abbezahlen müssen. Der finanzielle Handlungsspielraum der kommenden Generationen wird dadurch verkleinert werden.

Diese Schulden können die Handlungsfähigkeit von Staaten, Unternehmen, Kreditinstituten und/oder Individuen stark einschränken und ganze Volkswirtschaften in den Ruin treiben. Diese Schulden sind Investitions-, Innovations- und Effizienzbremsen!

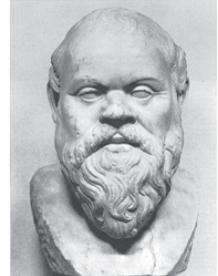
Fragen: It

Habermas und Sokrates: So viel Wissen über Nichtwissen!

Corona, das hat unsere Umfrage ergeben, ist ein neuartiger, einzigartiger, einschneidender Prozess, der uns total betrifft, privat und öffentlich, national und global. Unsicherheit aber darüber, wie die Pandemie uns tatsächlich und langfristig betrifft. Gesundheitliche Folgen und Gefahren der Pandemie mögen sich allmählich abzeichnen, unabsehbar aber sind die sozialen und wirtschaftlichen Folgen. Jürgen Habermas, deutscher Philosoph und Soziologe, nach Corona befragt, antwortete dies: „Die

wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Experten sollten sich mit Prognosen zurückhalten. Eines kann

sagen: So viel Wissen über unser Nichtwissen und über den Zwang, unter Unsicherheit handeln und leben zu müssen, gab es noch nie.“ Eigentlich eine uralte Weisheit, die wir anderswoher kennen: „Ich weiß, dass ich nicht(s) weiß“, sagte Sokrates in seiner Verteidigungsrede vor dem Athener Volksgerichtshof, und er wies den vermeintlich Wissenden nach, dass sie auch nichts wissen. Das sei auch heute allen Bescheid- und Besserwissern in Sachen Corona gesagt.



It

Ruhig und solidarisch das Notwendige tun

Theologie in Zeiten von Covid 19 / Von Hans-Gerhard Koch

Kirche lebte im Homeoffice – da blieb viel Zeit für Theologie.

Ganz früh meldete sich Ralf Frisch, Professor an der Evangelischen Hochschule Nürnberg und Theologischer Referent der bayerischen Landessynode.

Kurz und, wie er selbst meint, von mir böswillig vergrößert ist seine Theologie: Im Zeichen einer existenziellen Krise kommt eine „öffentliche Theologie“, die den Anschluss an die Gesellschaft sucht, das Leben möglichst menschlich zu gestalten sucht und die Anstrengungen der Politik mitträgt, an ihr Ende. Wir sollten einsehen, dass Gott unbegreiflich ist und dass alles auch böse enden kann. Frisch empfiehlt mehr Spiritualität und den Weg nach innen. Einzig im religiösen Erlebnis können wir, wenn schon nicht die Welt, dann doch wenigstens uns selber retten. Er spricht von der Weisheit der lutherischen Zwei-Reiche-Lehre und gibt deshalb die Zuständigkeit für das Wohl der Menschen großzügig an den Staat ab.

Dafür kann Frisch sich nicht unbedingt auf Martin Luther berufen. Der hat immer erklärt, Gott habe in beiden „Regierweisen“, in der Kirche und in der Welt, das Heil und das Wohl der Menschen im Sinn. Nur die Methoden seien anders. Entsprechend schrieb das Sozialwort der EKD „Für eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit“ von 1997:

„Ein weltloses Heil könnte nur eine heillose Welt zur Folge haben.“ (Ziff. 101). So ist es, immer noch.

Natürlich gibt es theologisch viel Schlimmeres.

Etwa die US-Megakirchen, in denen das Virus mit Exorzismus bekämpft wird. Und mit „Fast euch an den Händen ...“. Gerade haben wir in den USA erlebt, wohin das führt: zu Kühl-Lkws vor den Krankenhäusern, in denen sich die Leichen stapeln.

Die Fernseh-Hirten mit den Maßanzügen werden sicher bald umschalten, es gibt ja noch die „Gericht Gottes“-Schublade, in der schöne Anleitungen für Krisenzeiten zu finden sind. Das Coronavirus hat seine Ursache wahlweise in der Homosexualität, im Islam, im Jüngsten Tag oder im allgemeinen Unglauben. Präsident Trump lässt sich trotz offenbaren Versagens mit der Bibel in der Hand vor einer Kirche fotografieren, vor der er vorher friedliche Demonstranten niederknüppeln ließ. Die im Weißen Haus angestellte Fernsehpredigerin Paula White sagt dazu: „Wer Nein zu Trump sagt, sagt Nein zu Gott.“ Auch so kann man der Realität und dem Nachdenken über ihre Ursachen entgehen.

Es gibt, zum Glück, auch eine Kirche, die sich nicht zum Krisengewinnler macht oder die Krise sogar herbeisehnt, son-

dern ruhig und solidarisch das Notwendige tut. Das Notwendige ist: die Ausgangsbeschränkungen beachten, telefonieren, lernen, die sozialen Medien zu nutzen. Nachbarschaftshilfe organisieren, Gespräche und Grüße über den Gartenzaun, Musik vom Balkon, vom Fenster, oder im Internet, offene Kirchen. Also alles das, was vernünftige und

Ich glaube, wir brauchen keine Krisen-Theologie. Ihre Alarmrufe werden sich abnutzen, wenn das Leben weitergeht. Denn es geht weiter, wie schon nach der Sintflut. Gott hat den Regenbogen über die Erde gesetzt, damit nicht aufhöre Saat und Ernte, Frost und Hitze. Nur der Prophet Jona hat sich gewünscht, dass die große Katastrophe



Corona-Abendmahl in St. Lukas München: Es muss trotz strikter Beachtung der Hygiene-Standards nicht ausfallen. Alle bleiben an ihrem Platz, Paare können beieinandersitzen, Einzelpersonen halten den gebotenen Abstand zueinander. Sanctus und Agnus Dei singt der Kantor. © Christine Weiß

warmherzige Menschen auch sonst machen, vor, während und hoffentlich auch noch nach der Krise.

Dietrich Bonhoeffer, weiß Gott krisenerfahren, hat gesagt: „Mag sein, dass der Jüngste Tag morgen anbricht, dann wollen wir gern die Arbeit für eine bessere Zukunft aus der Hand legen, vorher aber nicht.“ (Widerstand und Ergebung, DBW 8, S. 36)

kommt. Aber als er es sich gerade bequem gemacht hatte unter dem Rizinusbaum, um den Weltuntergang zu betrachten, kam der Wurm und ließ den Rizinus verdorren.

Nein, der Wurm ist drin in einer Theologie, die von der Krise lebt und versucht, sich in eine angeblich „höhere“ Realität zu flüchten, wo immer die dann liegt. Die Corona-Krise hat sich in der Welt,

wie sie leider ist, entwickelt, durch Fehlentscheidungen Verantwortlicher verschärft und wird hoffentlich durch Mut, Solidarität und Klugheit vieler bewältigt werden. Danach wird wichtig sein, aus der Krise zu lernen, für die nächste Krise, damit das Leben weitergeht.

Vielleicht haben wir gelernt, dass nicht Börsenjongleure und Banken systemrelevant sind, sondern Krankenschwestern, Intensivstationen und Kassierinnen. Dass wir unser Sozialsystem kostendeckend statt gewinnbringend, von den Bedürfnissen der Schwächsten her gestalten müssen – im eigenen Interesse auch der Stärksten.

Geld, so haben wir vielleicht gelernt, ist in jeder Menge da, nur oft nicht da, wo es hingehört.

Vielleicht wird das Jahr 2020 das Jahr sein, in dem der weltweite Siegeszug des Finanzkapitalismus endgültig zu Ende ist. Die „Finanzkrise“ von 2008 hat uns für diese Einsicht offenbar noch nicht gereicht. Dass Corona ausgerechnet das Welt-Finanzzentrum New York so schwer trifft, ist weiß Gott kein Grund zur Schadenfreude, aber zum Nachdenken.

Vielleicht lernen „wir“, vor allem die an den Schalthebeln der Macht, dass die geldgetriebene Lebensweise keine Zukunft hat und das nächste Coronavirus schon vor der Tür steht, wenn wir so weiter machen.

Vielleicht lernen wir, wenn jetzt wieder „geloockert“ wird, dass wir bei unserer Achtsamkeit, unserer Disziplin und unserer Hilfsbereitschaft nicht nachlassen

sollten. Wir haben als Kirche neue Möglichkeiten gelernt, Menschen nahezu kommen, und sollten überlegen, was davon in die Zukunft führt.

Wir haben auch unsere Grenzen kennengelernt. Beerdigungen im 15-Minuten-Takt und ohne persönlichen Abschied, Besuchsverbote im Seniorenheim oder Krankenhaus, das Verstummen unserer Chöre – das alles ist hoffentlich bald vorbei.

Covid-19 ist sicher noch nicht vorbei, auch wenn die Zahlen klein werden. Anderswo auf der Welt schlägt Covid-19 erst richtig zu. Ich bete für alle die, die die Krise mit voller Wucht trifft, und viel härter als mich.

Ich denke an die Elendslager in Griechenland, Syrien oder Libyen, den nach wie vor verzweifelten Kampf der Ärzte und Schwestern in den Corona-Intensivstationen, an die Menschen, denen die wirtschaftliche Existenz wegbricht. Ich denke an sie, betend, und helfe ein bisschen, wo ich kann.

Denn, noch mal Bonhoeffer: „Unser Christsein wird heute nur in zweierlei bestehen: im Beten und im Tun des Gerechten unter den Menschen. Alles Denken, Reden und Organisieren in den Dingen des Christentums muss neu geboren werden aus diesem Beten und diesem Tun.“ (DBW Bd 8, S. 435)

Nach Corona zurück zur Tagesordnung? Geht nicht!

Kirche und Corona: Dazu ein Interview mit Karl Georg Haubelt, der in Kirche und Politik aktiv ist. Haubelt, Diplom-Verwaltungswirt, ist Hochschullehrer an der Hochschule Hof, Mitglied der Landessynode und des Landessynodalausschusses. Er ist aktiv in der SPD und der evangelischen Kirche.



© SPD Tirschenreuth

Karl Georg Haubelt

b&k: *Unsere Kirche hat sich voll hinter die staatlichen Maßnahmen zur Eindämmung der Covid-19-Pandemie gestellt. Haben wir vielleicht des Guten zu viel getan?*

Haubelt: Das glaube ich nicht. Wir haben weder auf unsere grundgesetzlich geschützte Religionsfreiheit verzichtet, noch haben wir uns als Kirche in die unsichtbare Nische zurückgezogen. Die vorübergehende Einstellung von Präsenzgottesdiensten war ein Gebot der Nächstenliebe. Insbesondere in den ersten Wochen Ende März war ja auch überhaupt nicht

absehbar, wie sich die Pandemie in Bayern ausbreitet. Berichte aus anderen Teilen der Welt, in denen gerade Gottesdienste zum Epizentrum der Seuche geworden waren, haben uns da sicherlich ebenfalls ins Nachdenken gebracht. In Abwägung der Schutzgüter untereinander – du hörst hier natürlich den Rechtswissenschaftler heraus – haben wir uns auch rückblickend als ELKB meiner Ansicht nach völlig richtig verhalten.

Man könnte auf den Gedanken kommen, dass all das, was jetzt nicht stattfindet, auch nicht unbedingt nötig war. Wirklich?

Nein. Hier widerspreche ich ganz heftig. Stell dir mal vor, wir würden etwa künftig auf Präsenzgottesdienste, Besuche, Chorproben, aber auch Weiterbildungsangebote oder Kundgebungen verzichten... Aber sicherlich wird es „nach Corona“ auch eine Zeit der Reflexion geben müssen, in der wir unsere in den letzten Wochen gemachten Erkenntnisse noch einmal ganz neu bewerten müssen.

Neben den harten Einschränkungen des kirchlichen Lebens droht der ELKB auch ein finanzieller Aderlass. Es ist (Stand Mai)

mit Einnahmeausfällen und Sonderbelastungen von 135 Mio. € zu rechnen. Droht uns eine neue „Giftliste“ von Einsparungen wie 2003, und wen wird es besonders treffen?

Eine „Giftliste“ ist gerade nicht vorgesehen. Als gute Haushalter des uns ja von den Kirchensteuerzahlerinnen und -zahlern anvertrauten Geldes müssen wir aber natürlich verantwortungsvoll agieren. Das heißt für mich zum Beispiel schon, dass es völlig angebracht war, angesichts der massiven Steuereinbrüche einen Nachtragshaushalt aufzulegen. Unsere Kirchenverfassung hat da in weiser Voraussicht Instrumente vorgesehen, auf die wir in der völlig unvorhersehbaren Pandemie-Situation zurückgreifen konnten. Wichtig ist für mich aber auch in der Zukunft das klare Signal, dass wir selbst in Krisenzeiten als Kirche verlässlich handeln. Vor allem gegenüber den Menschen, die bei uns beschäftigt sind. Aber auch gegenüber den Kirchengemeinden, mit denen wir ja im gemeinsamen Steuerverbund sind. Wie weise stellt sich nachträglich unsere in Bad Reichenhall getroffene Entscheidung der Landessynode heraus, dass die Kirchengemeinden feste Zuweisungen unabhängig vom Steuerertrag erhalten. Damals wurden die Befürworter angegriffen, weil hier möglicherweise den Gemeinden Geld zugunsten des landesweiten Diensts weggenommen werden könnte. Dies war der unterschwellig und auch offen geäußerte Verdacht. Heute hört man von den damaligen Kritikern nichts mehr. Unsere Gemeinden sind jedenfalls erst einmal in einer deutlich entspannteren Situa-

tion als die Landeskirche, selbst wenn natürlich Kollekten derzeit auch vor Ort wegfallen. Genau hinschauen werden wir in der Landessynode bei den landesweiten Diensten selber. Aufgaben fallen ja nicht weg, wenn Geld weniger wird. Die Folgen der Kurzarbeit wirken sich nicht nur bei den Steuereinnahmen aus, sondern vor allem und viel mehr bei den Arbeitnehmern. Hier sind also verstärkte Einsätze in Aufgabenbereichen wie KDA, afa und Diakonie absehbar.

Gerade haben wir mit „Profil und Konzentration“ (PuK) einen Prozess der Neuausrichtung in Gang gebracht. Wird „Profil“ künftig vor allem vom Geld bestimmt werden und eine „Konzentration“ auf den kirchlichen Normalbetrieb mit sich bringen?

Das sehe ich derzeit nicht. Mit PuK hat die letzte Landessynode vielmehr wirklich gute Vorarbeit geleistet. Wir haben meiner Meinung nach vor allem theologisch reflektiert, und das Geld spielt erst eine nachgeordnete Rolle. Aber natürlich hast du recht, dass verfügbare Mittel eine Voraussetzung für unser kirchliches Handeln sind.

Die Corona-Krise ist ein gesellschaftlicher Einschnitt, wie wir ihn noch nie hatten. Wird es danach nach einer Schrecksekunde weitergehen wie vorher, oder siehst du die Chance eines neuen Aufbruchs in unserer Gesellschaft?

Nach Corona kann es nicht mehr einfach zur Tagesordnung zurückgehen. Da sind zu viele Dinge geschehen. Viel Gutes hat sich entwickelt, das auch nach der Pan-

demie-Situation erhalten werden kann. Ich denke da kirchlich zum Beispiel an gute Erfahrungen und Formate im Bereich des Internets. Gesamtgesellschaftlich sehe ich aber auch die zunehmende Gefahr der Polarisierung. Menschen hören einander immer weniger zu, verantwortlich getroffene Entscheidungen der Politik werden mit grotesken Argu-

menten infrage gestellt. Man denke nur an die Demonstrationen, bei denen Rechtsradikale nur zu gerne auf den Zug von Esoterikern und Impfgegnern aufgesprungen sind. Hier suche ich auch für mich immer noch nach Antworten, wie die Spaltung der Gesellschaft wieder in ein soziales Miteinander geführt werden kann. *Interview: HG Koch*

Es ist ja nur Geld!

Die ELKB und die Corona-Krise

Von Hans-Gerhard Koch

Man reibt sich die Augen: Wurde vor Jahren und Jahrzehnten immer darüber geunkelt, dass unsere Kirche auf eine Mitglieder- und Finanzkrise zulaufe und dass das böse enden würde, wenn man nicht spart, so übt sich die Kirchenleitung jetzt in Zuversicht.

95 Millionen Euro weniger Kirchensteuern 2020? Kein Problem. Fast 30 Millionen Mehrbedarf für leere Tagungshäuser und von Insolvenz bedrohte soziale Dienstleister? Na klar, ist doch nötig! So gar die Partnerkirchen, bei denen Corona gerade erst seinen Höhepunkt erreicht, sind im Blick.

Geld spielt keine Rolle, scheint es. Gut so, meine ich. Geld sollte nie ein Zweck sein, sondern nur ein Mittel. Und sparen ist gute Tradition der schwäbischen Hausfrau, aber wenn sie ihre Spargroschen unter der Matratze versteckt, bewirkt das erst mal gar nichts.

Es ist gut, wenn unsere Kirche den in den

guten Jahren angesparten finanziellen Spielraum jetzt nutzt und versucht, mit einem Nachtragshaushalt den Laden am Laufen zu halten. Es wäre kontraproduktiv, nach der Corona-Krise noch eine Finanzkrise herbeizureden.

Natürlich ist das noch nicht das Ende der Geschichte. Kaufmännisch betrachtet läuft die ELKB in ein dickes Minus in der Bilanz. Wenn das wieder ausgeglichen werden soll, wird die Frage sein, wo dann doch gespart wird. Projekte in die Zukunft verschieben – welche? Immobilien oder Personal? Warme Worte für die Pflegekräfte oder mehr Geld? Kürzungen nur bei den Jungen oder fair verteilt? Bei den der Gesellschaft zugewandten Diensten oder bei den Kirchengemeinden?

Diese Fragen wird die Synode beantworten müssen.

Und die „ausstrahlungsstarke Kirche der Zukunft“, von der der Landesbischof in der Pressemitteilung zum Nachtragshaushalt spricht, gibt es noch längst nicht. Die wäre auch nicht mit Geld allein zu sichern, sondern vor allem mit einer entschlossenen Zuwendung an die corona-gebeutelte Welt.

Die Zehn Quellen werden zehn

Von Martin Kleineidam

[www.aee-online.de/sites/www.aee-online.de/files/dokumente/Zehn%20Quellen%20des%](http://www.aee-online.de/sites/www.aee-online.de/files/dokumente/Zehn%20Quellen%20des%20)



„Quelle bedeutet für uns Leben, Erfrischung, Ermutigung und Klarheit.“ So leiten die „Zehn Quellen des Aufbruchs“ zehn Thesen ein, die der AEE im Oktober 2010 verabschiedet hat. Nach zehn Jahren äußern sich drei Autoren zu dem Thesenpapier. Was hat sich seither zum Guten verändert, was hat an Dramatik zugenommen? Im Beitrag auf Seite 19 nimmt auch unser Landesbischof zu den Zehn Quellen Stellung.

1. Ein Kommentar von Hans-Gerhard Koch

Die „Zehn Quellen für Erneuerung von Kirche und Gesellschaft“ sind nach 10 Jahren keineswegs abgestanden. Sie sprudeln frisch wie am ersten Tag, gerade in der Zeitenwende, die wir gerade durch Corona erleben. Ich gehe den Quellen 1 bis 10 entlang:

Wir merken, dass es ein Irrglaube war, alles dem Diktat der geringsten Kosten

zu unterwerfen. „Systemrelevant“ sind plötzlich ganz andere Menschen und Dinge. „Ökonomie“ muss jetzt neu definiert werden.

Als der „Lockdown“ unseren Geschwindigkeits- und Konsumwahn jäh bremste, konnten wir der Frage nach dem Sinn des Ganzen nicht mehr ausweichen. Und haben wir „Müden“ nicht auch aufgeatmet?

Erst „Fridays for Future“ und dann die geschlossenen Schulen und Kitas, aber auch die Vereinsamung der „Risikogruppen“ haben uns gezeigt, dass das Verhältnis der Generationen neu bestimmt werden muss und dass wir Fragen des Miteinanders nur gemeinsam beantworten können.

Friedlicher ist die Welt in den 10 Jahren seit 2010 nicht geworden, und auch bei uns in Deutschland wachsen Hass und Gewalt. Hatten wir die Opfer immer im Blick?

Man hat uns offensichtlich betrogen, als man uns sagte, dass kein Geld für Arme und für die Bewahrung der Schöpfung da sei, und dass eine „Schwarze Null“ das Ziel staatlichen Handelns sein müsse. Plötzlich werden Billionen verteilt, nur damit die Wirtschaft nicht stehen bleibt. Ist es Zeit, auf Vorrang für die Armen und für eine bewohnbare Erde zu dringen?

Auch unsere Kirche beschließt einen 150 Millionen schweren Nachtragshaushalt. Gleichzeitig verändert sie rasant ihre Gestalt. Liebe, Gerechtigkeit und Spiritualität online? Was haben wir wirklich gebraucht von dem, was wir jetzt bleiben lassen? Und wen haben wir vielleicht auch neu erreicht? Und, wenn alle den Krisenmanagern jubeln, bestehen wir auf Partizipation, erst recht?

Gier und Geiz sind es, die eine Pandemie ermöglicht haben. Privatisierung und eine falsch verstandene Globalisierung haben Menschenopfer gefordert, am meisten dort, wo sie auf die Spitze getrieben wurden.

All das steht schon in den „Zehn Quellen“,

es ist ein prophetischer Text. Warum ist er – wenn wir ehrlich sind – nahezu ungehört verhallt?

Jesus sagte, zu seiner Zeit: „Ich sage euch, wenn diese schweigen, so werden die Steine schreien“ (Lukas 19,39–40)

2. Nach zehn Jahren Bilanz ziehen – von Richard Gelenius

In den vergangenen zehn Jahren seit der Formulierung der Zehn Quellen hat sich die Evangelische Volkskirche unter dem mutigen Engagement von EKD-Präsident Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm positiv entwickelt.

Sie hat sich zu den jeweiligen aktuellen oder dauerhaften Themen wie Antisemitismus, Rassismus, Rechtspopulismus, Rechtsextremismus und weiteren Ungerechtigkeiten mit Aussagen und der Beteiligung an Solidaritätsaktionen deutlich zu Wort gemeldet. Gerade jetzt in der Zeit der Corona-Krise hat sie an die ungünstige Situation der Bezahlung und Wertschätzung der Pflegekräfte im stationären und ambulanten Bereich erinnert.

Mit der Vereinbarung, zusammen mit „Sea-Watch 4“ ein kirchliches Rettungsschiff zu erwerben, um damit hilflose Flüchtlinge aus dem Mittelmeer zu retten, hat sie ein deutliches Zeichen der Nächstenliebe gesetzt.

Vor Ort hat es die letzten zehn Jahre eine bessere Verzahnung der Kirchengemeinde mit den jeweiligen Einrichtungen der Diakonie gegeben. Dies ist ein wichtiges Zeichen der Umsetzung von biblischem Auftrag zur naheliegenden Tat. Ein gutes Beispiel sind die über 50 Vesperkirchen,

die in den Wintermonaten ein wertvolles Sozialprojekt zugunsten von Armen und Bedürftigen sind.

Die gelegentlichen Erinnerungen von Kirchenoberen, die die völlig überzogenen Gehälter von Aufsichtsräten der Wirtschaft und die Boni-Zahlungen anmahnen, sind leider ohne Widerhall geblieben.

Durch den Zusammenschluss von Evangelischen Missionseinrichtungen in Bayern ist das Centrum Mission EineWelt in Neuendettelsau neu belebt worden. Erfreulich ist der Nothilfefonds für Menschen in Partnerkirchen mit Corona-Problemen. Die Beziehung zur äußeren Mission und ihren Partnerschaften scheint in letzter Zeit in den Kirchengemeinden etwas rückläufig zu sein. Die nur sporadisch angebotenen, aber vorgeschriebenen Gemeindeversammlungen wären eine gute Möglichkeit, diesen Bereich der Mission wieder mehr zu verdeutlichen.

Mit der 2018 erstmaligen Chance, nur per Briefwahl den Kirchenvorstand zu wählen, wurde die Gelegenheit genutzt, weitere bisher kirchenferne Gemeindemitglieder für Belange und Sorgen der Ortsgemeinde zu interessieren. Umfangreiches und hochwertiges Infomaterial war vorhanden. Auch die seitens der Leitungsgremien der ELKB den Gemeinden und Dekanaten „verordneten“ neuen Wege zur Umsetzung ihres Auftrags sind nicht immer mit Wohlwollen aufgenommen worden und brauchen noch eine Zeit des Reifens und Verstehens, auch für Betroffene, die teilweise mit Recht Nachteile sehen.

3. Trotz Schwierigkeiten Freude und Fröhlichkeit bewahren – von Martin Kleineidam

Die „Zehn Quellen“ haben wir vom Leitenden Team des AEE damals in Stein bei Nürnberg entlang der Zehn Gebote formuliert. Hart haben wir zunächst an den Formulierungen gefeilt. Das tat auch die Mitgliederversammlung, bis sie das Thesenpapier im Oktober 2010 verabschiedete. Es tut nun gut, einmal Rückschau zu halten, um sich nicht in Pessimismus und Resignation zu verlieren, aber auch, um sich nicht selbst etwas vorzumachen.

Die Thesen lassen den Klimawandel bereits anklingen. Der Anteil der erneuerbaren Energien am deutschen Strommix liegt inzwischen bei rund 50 Prozent. Das war damals kaum vorstellbar, gleichwohl hoffte man damals auf eine Energiewende bis 2020, die wiederum verschoben wird.

Der Mindestlohn wurde angehoben, doch das Phänomen der Schwarzarbeit bleibt. Die Corona-Pandemie deckt hingegen ohne Schonung auf, wo Arbeitsbedingungen mit Finanzierungs- und Hygiene-Mängeln bestehen: in Schlachthöfen, bei der Spargelernte, im Gesundheitssektor...

Damals gab es noch kein Fukushima. Inzwischen ist der Ausstieg aus der Atomenergie beschlossene Sache.

Die „Zehn Quellen“ wollten Gesellschaft und Kirche ermutigen, sich zu beteiligen. Fridays for Future hat die Jugend zum Einsatz für den Erhalt der Schöpfung und der Artenvielfalt gebracht. Doch

in Brasilien wird weiterhin Urwald im Großmaßstab vernichtet und die Flug-gastzahlen stiegen in Deutschland vor der Corona-Krise von Jahr zu Jahr trotz des Wissens ob der Klimaschädlichkeit von Flugzeugen. Auch die Größe der Kreuzfahrtschiffe und Pkws (SUV) stieg ins Gigantomische. Mit Deutlichkeit kann man heute sagen, das Motto „Global denken, lokal handeln“ hat die Umweltbewegung beinahe in „Umweltecken“ von Gemeindebriefen abgedrängt. Heute muss es heißen: „Global und lokal denken und handeln“. Mit anderen Worten: Individualethik und Sozial-ethik, persönliche Lebensstil-Fragen und sozial-ökologische (Welt-)Politik gehören zusammen. Denn Massenkonsum und Massentourismus griffen weltweit um sich. Freizügigkeit und Reisefreiheit wurden unter der Hand zum Libertinismus. Der Suche nach Erholung gilt es entgegenzukommen und den Alltag, die Arbeitswelt und die Umwelt in Stadt und Land so zu gestalten, dass die Menschen in der Ferienzeit nicht mehr in Scharen die Heimat fliehen müssen. Es gilt, Möglichkeiten zu schaffen, den Arbeitsalltag über das Jahr ohne Schmerzmittel oder Alkohol zu überstehen. Rückbau von Straßen und Renaturierung, Abbau von Stressfaktoren und Privatisierungswahn könnten neue Stichworte sein.

Im Bereich der Wirtschaft gibt es viele nachhaltige Anlageformen für Investitionen. Die Entwicklung erfreut, aber man muss ständig prüfen. Unter den angeblich „nachhaltigen“ Wertpapieren gibt es Schwindler. Sie lassen sich flankieren von politischen Doppelspielern. Der Die-

selskandal lässt grüßen. Ständig muss man vor Missbrauch auf der Hut sein. Prüfen, prüfen und nochmals prüfen ist angesagt. Im Blick auf eine Kirche und Theologie des konziliaren Prozesses sind Buße und Bußtage immer noch Stiefkinder. So können sich weltweit und auch in der Kirche Narzist*innen entwickeln. Die „Zehn Quellen“ könnten Anhalt geben, die Erneuerung als Kraft, die aus der Buße erwächst, zu entdecken.

2015 – war da was? Flüchtlingsbewegungen haben 2015 den Westen herausgefordert. Es kam und kommt zu Klimafluchtbewegungen, die Klimatologen und Futurologen vorausgesagt haben. Abschottungsmaßnahmen und Flüchtlingshilfe wechseln sich infolgedessen ab. Der Schlingerkurs lässt an der Durchschlagskraft der Grundwerte in Europa und Deutschland zweifeln. Dem Rechtspopulismus gibt das Fehlen an Klarheit und Orientierung dagegen immer wieder Auftrieb.

Erfreulich ist das Bemühen in der Kirche um ein Miteinander der Berufsgruppen. Allerdings werden Demokratiedefizite in unserer Kirche gerade da spürbar.

Insgesamt zeigt die Corona-Krise aber auch, dass Solidarität und Nächstenliebe im Alltag immer noch greifen. Das erfreut doch sehr. Die „Zehn Quellen“ erfrischen weiterhin. Sie ermutigen Kirche und Gesellschaft, an der Seite der Bedrängten zu bleiben, Ohnmachtssituationen auszuhalten und gemeinsam zu besprechen, Reformen anzugehen bzw. weiterzuführen und – trotz mancher Schwierigkeiten bei der Durchsetzung – Freude und Fröhlichkeit nicht zu verlieren.

Landesbischof Heinrich Bedford-Strohm zu den Zehn Quellen des Aufbruchs

Das Bild vom Auszug braucht eine Ergänzung

Bei manchem, was der AEE vor zehn Jahren in den Blick genommen hat, hat es Fortschritte gegeben, bei anderen Themen ist die Bilanz ambivalent.

Das Bild des Auszugs aus Ägypten gibt dem vor zehn Jahren erschienenen AEE-Papier über die „Zehn Quellen“ seine Grundmelodie. Und die Vision vom Auszug aus dem Gewohnten könnte heute nicht aktueller sein. Unser Prozess „Profil und Konzentration“ hat genau diese Zielrichtung.

Trotzdem braucht das Bild des Auszugs eine Ergänzung. Es geht auch um klare Vorstellungen davon, wohin wir ziehen wollen und wie wir im gelobten Land zusammenleben wollen. Dabei braucht es das Vertrauen, dass Gott uns auf dem richtigen Weg führt und leitet, auch wenn dieser Weg manchmal ganz anders sein kann, als wir vorher dachten. Der Grund dafür, dass ich mich vor ebenfalls zehn Jahren entschlossen habe, für das Bischofsamt zu kandidieren, war der Wille, die Kirche positiv zu gestalten und mich dafür in all



die Ambivalenzen zu begeben, die mit Leitungshandeln immer verbunden sind. Gerade bei einer Institution wie der Kirche ist es immer leichter, die Defizite zu benennen, also deutlich zu machen, was man hinter sich lassen will, als gangbare Wege zu etwas Neuem zu entwickeln und Mehrheiten dafür zu finden. Wer kirchenleitende Entscheidungen zu treffen hat, muss genau das tun. Bei manchem, was der AEE-Text vor zehn

Jahren in den Blick genommen hat, sind wir in den zehn Jahren weitergekommen. Die Möglichkeit der öffentlichen Segnung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften gehört ebenso dazu wie die ethische Gestaltung unserer Geldanlagen oder das Klimakonzept. Bei anderen Themen ist die Bilanz ambivalent. Der Prozess „Miteinander der Berufsgruppen“ bedeutet einen großen Schritt in Richtung eines solidarischen



Miteinanders der Mitarbeitenden in der Kirche. In der Umsetzung muss er sich erst bewähren. Das partnerschaftliche Arbeiten von Haupt- und Ehrenamtlichen bleibt eine Gestaltungsaufgabe überall in der Kirche.

Auch wenn die „Zehn Quellen“ den Kampf gegen sexuelle Ausbeutung von Frauen und Kindern weltweit schon thematisieren, fand das Thema sexualisierte Gewalt in dem Papier noch nicht die Aufmerksamkeit, die es schon damals verdient gehabt hätte. Wir haben uns in dieser Hinsicht inzwischen unwiderruflich auf den Weg gemacht.

Auch im Hinblick auf die öffentlich diskutierten Themen ist der Befund ambivalent. Im Hinblick auf die Begrenzung des Klimawandels und ein gerechteres Weltwirtschaftssystem hat die Bewegung „Fridays for Future“ für eine öffentliche Aufmerksamkeit gesorgt, die zu erreichen uns als Kirchen bisher nie gelungen war. Gleichzeitig darf man feststellen, dass dieser Erfolg all denen – auch im AEE – mitzuverdanken ist, die seit Jahrzehnten, etwa im Konziliaren Prozess für Gerechtigkeit, Frieden und die Bewahrung der Schöpfung, den Boden dafür bereitet haben. Ob die damit verbundenen Ziele in der Politik endlich umgesetzt werden, ist noch offen.

Es braucht immer wieder Anstöße zum Weiterdenken für eine Kirche, die von ihrem Selbstverständnis dazu bestimmt ist, sich ständig zu verändern und zu erneuern. Der AEE hat dazu immer wichtige Anstöße gegeben. Und das soll auch so bleiben.

Die Zehn Quellen - Leseprobe

Ich bin der HERR, dein Gott, der dich aus Ägyptenland geführt hat, aus der Knechtschaft. (5. Mos. 5,6)

Das Bild des Auszugs aus den gewohnten Strukturen hat den AEE von Anfang an geleitet. Das wandernde Gottesvolk ist angewiesen auf Quellen in der Wüste. „Quelle“ bedeutet für uns Leben, Erfrischung, Ermutigung und Klarheit. In der Wüste der Fragen und Probleme, vor die wir und die gesamte Welt gestellt sind, wollen wir uns an den Quellen der Bibel erfrischen, den Weg weisen lassen und andere Orientierung geben. Der *Arbeitskreis Evangelische Erneuerung (AEE)* war von Anfang an eine Bewegung, die Gesellschaft und Kirche stets ermutigt, den Aufbruch aus Verkrustungen zu frischen Quellen hin zu wagen. Er hat eine lange Geschichte der gesellschaftlichen Einmischung. „Nicht süß, aber erfrischend“ ist Leitmotiv des AEE.

Die zehn Quellen

1. Quelle für Opfer der Ökonomisierung
2. Quelle für Erstarrte
3. Quelle für Müde
4. Quelle für Generationen
5. Quelle für Opfer von Gewalt
6. Quelle für Liebende
7. Quelle für Betrogene
8. Quelle für Gedemütigte
9. Quelle der Erneuerung für das eigene Haus der Kirche
10. Quelle für die Opfer von Gier und Geiz

BDS, Kairos Palästina und die EKD

Dialog statt Konflikt

Die Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München (die im folgenden Beitrag auf Seite 23 zu Wort kommt) steht für eine Idee – nämlich Versöhnung und Verständigung –, die im Verlauf des israelisch-palästinensischen Konflikts immer schwerer umzusetzen scheint. Im Gegenteil: Durch das Vorhaben der Regierung Netanjahu, einen Teil der Westbank zu annektieren, scheint der Streit in eine neue Runde zu geraten.

Vor diesem Hintergrund wird eine kirchliche Kampagne „Kairos Palästina“ noch vor dem 1. Juli (das wäre ein mögliches Datum der geplanten Annexion) aktiv werden und u. a. in Mahnwachen vor den Landeskirchenämtern der EKD einen Brief „Schrei nach Hoffnung“ aus Palästina veröffentlichen und übergeben. Darin werden die Bischöfe, Kirchenleitungen und Synoden aufgerufen, sich für die Sache der Palästinenser einzusetzen: „Wir können nicht Gott dienen und gleichzeitig zur Unterdrückung der Palästinenser schweigen!“ Kairos – ein religiös-philosophischer Begriff für den günstigen Zeitpunkt einer Entscheidung. Die Kampagne Kairos nimmt Bezug auf Dietrich Bonhoeffers Aufruf

1933, dass die Entrechtung der Juden im Nationalsozialismus einen Bekenntnisfall darstelle, weshalb die Kirche „dem Rad in die Speichen fallen“ müsse. Die Kampagne fragte: „Kann man Kirche und Christ sein und gleichzeitig zur Entrechtung des Palästinensischen Volkes und dem Missbrauch der Bibel zur Rechtfertigung des Landraubs schweigen?“ Kai-



1948 fliehen arabische Palästinenser von Galiläa in den Libanon
© wikimedia commons

ros nimmt für sich in Anspruch, sie sei „die Stimme einer Mehrheit der Weltchristenheit, gegen die sich die Kirchen in Deutschland bis jetzt weitgehend abgeschottet hat“.

Das ist eine deutliche Aufforderung an die Kirchen, sich stärker für die Sache

der Palästinenser zu positionieren. Die EKD tritt im Nahostkonflikt offiziell für eine Zweistaatenlösung ein, „die die vorbehaltlose Anerkennung des Existenzrechts Israels durch alle Seiten und ein sicheres Leben der Menschen in Israel genauso einschließt wie einen palästinensischen Staat, der den Menschen in Palästina ein selbstbestimmtes Leben ermöglicht“. Sie nennt das „eine doppelte Solidarität mit dem Staat Israel und dem palästinensischen Volk“.

Kairos Palästina bezeichnet die Besetzung der Palästinensergebiete „als Sünde gegen Gott und die Menschen“. Der Aufruf ist von palästinensischen Christen verfasst und von vielen bekannten Theologen Europas, auch Deutschlands, unterzeichnet.

Zumal in Deutschland, und zumal in unseren Kirchen wird die Positionierung im Nahostkonflikt immer mehr im Stil einer harten Pro-und-Kontra-Debatte geführt. Und vor dem Hintergrund des „historischen Versagens der Evangelischen Kirche gegenüber den Juden“ (so in einem EKD-Papier) schwingt stets die Frage mit: Wann wird Kritik an der israelischen Politik antisemitisch? Es ist eine Kampagne mit dem Kürzel „BDS“, die die proisraelischen Gruppen einerseits und die propalästinensischen auf der anderen Seite mehr und mehr trennt (und zu der sich sowohl die Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe als auch Kairos Palästina ausdrücklich bekennen):

„BDS“ steht für Boycott, Divestment and Sanctions und geht zurück auf einen internationalen Aufruf der palästinensischen

Zivilgesellschaft aus dem Jahr 2005. Die BDS-Kampagne will Waren aus Israel boykottieren und so Druck auf den Staat Israel ausüben und den Staat Israel wirtschaftlich, kulturell und politisch isolieren. Israel müsse die „Okkupation und Kolonisierung allen arabischen Landes“ beenden, das „Grundrecht seiner arabisch-palästinensischen Bürger auf volle Gleichheit“ anerkennen und „das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf eine Rückkehr in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum gemäß UN-Resolution 194 schützen und fördern“.

Die weltweite Kampagne wird von bald 200 überwiegend palästinensischen Organisationen, aber auch von Solidaritätsgruppen wie eben der Münchner Dialoggruppe, auch von vielen Einzelpersonen, auch Prominenten und Künstlern getragen und unterstützt. Doch sie wird auch als einseitig gegen den israelischen Staat gerichtet eingeschätzt. Der deutsche Bundestag hat BDS in einem förmlichen Beschluss, parteiübergreifend, als antisemitisch verurteilt. Auch die EKD hat sich mit BDS erst jüngst beschäftigt und kam zu einem zweigeteilten Urteil: Einerseits lehnt sie Boykottmaßnahmen gegen Israel ab und beteiligt sich nicht an entsprechenden Projekten im Rahmen der BDS-Kampagne. Andererseits unterstreicht sie als Anliegen des BDS-Gründungsaufrufs von 2005 das Bekenntnis zu Gewaltfreiheit, den Einsatz für Menschenrechte und das Ziel eines gerechten Friedens in Israel und Palästina.

It

Die Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München:

Frieden zwischen Juden und Arabern ist möglich

Die Regierung Netanjahu trifft Vorkehrungen, einen Teil der Westbank zu annektieren. Die EKD kritisiert diese Pläne und fürchtet, dass der angestrebte Friedensprozess damit endgültig zum Erliegen kommt. Nicht nur „vor Ort“ in Nahost, sondern weltweit nehmen die Spannungen etwa zwischen propalästinensischen Gruppen einerseits und den Vertretern jüdischer Gemeinden andererseits zu. Wir, der AEE, möchten an dieser Stelle einer Initiative Gehör verschaffen, die sich um Verständigung und friedlichen Interessensausgleich zwischen Juden und Palästinensern bemüht: die Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München, mit deren Sprechern Judith Bernstein und Riyad Helow unser AEE-Mitglied Bernd Wintermann folgendes Gespräch führte:

b&k: Frau Bernstein, Herr Helow, wie kam es zur Gründung der Dialoggruppe?

Judith Bernstein und Riyad Helow: Die Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe München geht auf die Ausstrahlung eines Dokumentarfilms zum israelisch-palästinensischen Konflikt zurück. Sie wurde im Jahr 1985 von einem im Flüchtlingslager bei Jerusalem aufgewachsenen Palästinenser und einem jüdischen Ehepaar aus Belgien, alle in München lebend, gegrün-



det. Fuad Hamdan fand in München eine neue Heimat, während das Ehepaar Jules und Larissa Gruszow über Polen und

Palästina nach Brüssel kam. Der Name „Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe“ wurde gewählt, weil nur Palästinenser und Juden – die nicht alle einen israelischen Pass hatten – aufgenommen wurden.

Wie muss man sich die Arbeit Ihrer Gruppe konkret vorstellen?

Während die meisten Gruppen nur eine Seite des Konflikts repräsentieren, ist die Dialoggruppe eine gemischte Gruppe. Wir unterstützen Initiativen und Gruppen aus der Friedensszene beider Völker. So waren von israelisch-jüdischer Seite die Professoren Moshe Zimmermann und Gadi Algazi, der ehemalige Sprecher der Knesset Avraham Burg, der Journalist Gideon Levy, die Filmemacher Dror Dayan und Yoram Feldman, von palästinensischer Seite der frühere Botschafter in Berlin Salah Abdel-Shafi, der Knesset-Abge-

ordnete Asmi Bischara, die Filmemacher Mohammad Bakri („Jenin, Jenin“) und Mohammed Alatar („Jerusalem – the East Side Story“ und zuletzt „Broken“) sowie Vertreter von „Combatants for Peace“ und der israelisch-palästinensischen



„Zwei Staaten, eine Heimat“ ist das Programm einer Friedensinitiative von Israelis und Palästinensern im Nahen Osten

„Genfer Initiative“ bei uns zu Gast.

Welche Ziele möchten Sie mit Ihrer Arbeit erreichen und welchen Schwierigkeiten begegnen Sie dabei?

Gegenüber deutschen Einrichtungen und Behörden kämpfen wir um die Anerkennung jener Gruppen, die sich in Israel/Palästina für Demokratie und Recht einsetzen. Deshalb wurden unsere Veranstaltungen durch Interventionen der hiesigen Israelitischen Kultusgemeinde und in ihrem Gefolge der Stadt München erschwert. Bisweilen mussten Gerichte Verbote von Veranstaltungen durch einstweilige Verfügungen aufheben. Die Presse berichtete über unsere Arbeit selten, dafür über die Bemühungen, sie zu verhindern.

Können Sie ein Beispiel dafür nennen?

Eine Zäsur bildete unsere Unterschrift unter einen Aufruf zur gewaltlosen pa-

lästinensischen Widerstandskampagne „Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen“ (BDS). Der Stadtratsbeschluss gegen BDS vom Dezember 2017 richtet sich vor allem gegen die Jüdisch-Palästinensische Dialoggruppe, die seitdem verleumdet wird. Der Vortrag im Münchener Gasteig über Jerusalem löste heftige Proteste aus. Unser Eintreten für die Gleichstellung der Palästinenser in Israel und Palästina wird als Vorwand benutzt, um Berichte über die Situa-

tion in den seit 1967 besetzten palästinensischen Gebieten im Westjordanland, in Ost-Jerusalem und Gaza zu unterbinden. Dass BDS eine Reaktion auf die israelische Politik und auf das Versagen der europäischen Regierungen darstellt, wird wohlweislich verschwiegen.

Woraus schöpfen Sie Hoffnung, dass Ihre Arbeit trotzdem sinnvoll ist und zu positiven Ergebnissen führen wird?

In weiten Teilen der Münchner Öffentlichkeit und darüber hinaus genießen wir trotz allem Ansehen und Vertrauen. Denn die „Dialoggruppe“ bietet den Beweis, dass Frieden zwischen Israelis und Palästinensern, zwischen Juden und Arabern möglich ist.

Das Gespräch führte Bernd Wintermann vom Leitenden Team des AEE.

Schluss mit Krieg – Muttertag im Wandel der Zeit

Die Feier des Muttertags ist bei uns fest verankert. Weitgehend unbekannt ist die ursprüngliche Absicht und Herkunft. Nämlich aus der Zeit und damit den schrecklichen Erfahrungen des Bürgerkriegs in den USA. Die Autorinnen unseres Beitrags, die Geschichtslehrerinnen Silvia Weißhaar und Marlene Faltermaier-Jahn, fragen nach dem Ursprung und der Entwicklung des Muttertags, aber auch nach der Bedeutung für uns.

Der zweite Sonntag im Mai ist auch heute noch „Muttertag“. Wie kam es dazu? Das erste Mal wurde dieser Tag am 8. Mai 1914 in den Vereinigten Staaten begangen. Nach Jahrzehnten waren der Kongress und der US-Präsident bereit, einen nationalen Feiertag zu Ehren der Mütter einzuführen.

Die Forderung nach einem Muttertag hatte ihren Ursprung im Jahr 1872 in den Vereinigten Staaten. Es war Julia Ward Howe, eine bekannte amerikanische Frauenrechtlerin, die erstmals den Gedanken äußerte, den Müttern auf der ganzen Welt einen Gedenktag zu widmen. Geprägt von den schrecklichen Gräueln des amerikanischen Bürgerkrieges forderte sie 1872 einen „Mother’s Day for Peace“. Es ging ihr nicht primär darum, die Mütter für ihre Leistungen in der Familie zu ehren. Ihr Anliegen hatte eine ganz andere Zielrichtung. Es war ihr unerträglich, dass Mütter ihre Söhne in Kriegen verlieren. Deshalb sollten Frauen überall auf der Welt auf die politischen Verhältnisse Einfluss nehmen, um eine friedlichere Gesellschaft zu erreichen, in der die Söhne nicht auf den Schlachtfeldern geopfert werden. Ihr schwebte

eine Zusammenarbeit der Frauen überall auf der Welt ohne Beschränkung der Nationalität vor, um internationale Streitfragen gütlich zu regeln und den Frieden zu fördern. Leider konnte sie ihre Vorstellungen nicht verwirklichen. Es dauerte fast ein halbes Jahrhundert, bis es Anna Jarvis gelang, den Muttertag politisch durchzusetzen. Die Nelke, die Lieblingsblume ihrer Mutter, wurde zum Sinnbild des Muttertags.

Auch andere Staaten zogen nach und folgten dem Beispiel Amerikas. Der erste Muttertag in Deutschland wurde am 13. Mai 1923 begangen. Initiator war der Verband Deutscher Blumengeschäftsinhaber, der eine Werbekampagne in den Schaufenstern startete mit der Aufforderung „Ehret die Mutter“, um den Tag im Bewusstsein der Bevölkerung zu verankern. Damit begann eine Entwicklung, die die ursprüngliche Botschaft des Muttertags völlig aus den Augen verlor. Von der Kommerzialisierung des Tages profitierten in erster Linie die Kartenindustrie, die Süßwaren- und Blumengeschäfte sowie die Juweliere. Ab 1926 gab es Bestrebungen, auch Kirche und Schule für den Muttertag einzuspannen.



In der Zeit des Nationalsozialismus wurde der Muttertag auf den dritten Sonntag im Mai verlegt, zum öffentlichen Feiertag erklärt und in „Gedenk- und Ehrentag der deutschen Mütter“ umbenannt. Der Tag wurde für die Propagierung des Mutterbildes der Nazis missbraucht. Frauen sollten möglichst viele „arische“ Kinder gebären, um auf diese Weise zur „Erhaltung des Volkes“ beizutragen. Zur Belohnung gab es z. B. für Frauen mit acht Kindern das goldene Mutterkreuz. Mit solchen Auszeichnungen propagierten die Nazis ihr NS-Idealbild der Frau als Mutter, die damit zur Gebärmachine degradiert wurde. Die Ehrung der Frau erfolgte nur wegen ihrer Reproduktionsfähigkeit, ansonsten wurden die Frauenrechte in dieser Zeit generell eingeschränkt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde der

Muttertag von den im besetzten Deutschland stationierten Amerikanern wiederbelebt. In der Bundesrepublik ist der Muttertag kein gesetzlicher Feiertag, vielmehr kamen Wirtschaftsverbände überein, den Muttertag am zweiten Sonntag im Mai zu feiern und an die Tradition während der Weimarer Republik anzuknüpfen, d. h. den Muttertag als Fest der Geschenke zu gestalten, ohne politische Forderungen damit zu verbinden. In der DDR ebenso wie in anderen Staaten des Ostblocks trat der Internationale Frauentag am 8. März an die Stelle des von den USA geprägten Muttertags. Im Zuge des Ost-West-Konflikts wollte man sich bewusst vom Westen absetzen. Der Frauentag hatte den Charakter einer sozialistischen Veranstaltung und betonte vor allem die Gleichberechtigung der Frauen in den Ländern des Ostblocks. Bereits die Initiatorin des Muttertags Anna Marie Jarvis kritisierte die Kommerzialisierung des Muttertags scharf, weil damit die ursprüngliche Zielsetzung völlig in Vergessenheit geriet. Die eigentliche Friedensbotschaft wurde durch den Kommerz verdrängt. Allein der Umsatz mit Schnittblumen beträgt in der Bundesrepublik an diesem Tag um die 130 Mill. €. In den USA wurden 2015 pro beschenkter Mutter 172 US-Dollar ausgegeben. Sollten wir nicht angesichts der vielen kriegserischen Konflikte und ständig steigender Rüstungsausgaben weltweit zur eigentlichen Botschaft „Schluss mit Krieg!“ zurückkehren? Dadurch würden die Mütter sicher am meisten geehrt.

*Marlene Faltermaier-Jahn
und Silvia Weißhaar*

Nicht mutiger bekannt?

Vor 75 Jahren wurde das Stuttgarter Schuldbekenntnis veröffentlicht
/ Von Hans-Gerhard Koch

Am 18./19. Oktober 1945 war es endlich so weit: Der neu gebildete Rat der EKD veröffentlichte das „Stuttgarter Schuldbekenntnis“. Am Ende einer gemeinsamen Tagung mit Vertretern der internationalen Ökumene schrieben die deutschen evangelischen Kirchenführer nach langem Ringen die historischen Worte: „Wohl haben wir lange Jahre hindurch im Namen Jesu Christi gegen den Geist gekämpft, der im nationalsozialistischen Gewaltregiment seinen furchtbaren Ausdruck gefunden hat, aber wir klagen uns an, dass wir nicht mutiger bekannt, nicht treuer gebetet, nicht fröhlicher geglaubt und nicht brennender geliebt haben.“

Die historische Wahrheit war das nicht: Viele evangelische Pfarrer und Gemeindeglieder haben keineswegs gegen den Nationalsozialismus gekämpft, sondern ihn verherrlicht. Vom Massenmord an den Juden ist im Stuttgarter Schuldbekenntnis nicht die Rede.

Vielen in Deutschland war das schon zu viel. Sie wollten lieber – und das tat auch die bayerische Landessynode in einem Beschluss vom 13. Juli 1946 – über die Not der Vertriebenen im Osten, die Witwen und Waisen, die Schändung der Frauenehre oder die Kriegsgefangenen reden. So vergingen vier Monate, bis das Schuldbekenntnis in Bayern veröffentlicht wurde.

Auch im Umgang mit anderen „Altlasten“ drückte sich die ELKB um klare Entschei-

dungen. So wurden fast alle der mindestens 278 Pfarrer, die zeitweise oder auch bis zuletzt Mitglieder der NSDAP gewesen waren, sofort oder nach kurzer Suspendierung wieder ins Amt eingesetzt. Selbst solche, die schon seit 1930 Parteimitglied und hochdekoriert waren, wurden durch Fürsprache der Kirchenleitung als „Mitläufer“ eingestuft und konnten kirchleitende Ämter ausüben.

Dagegen wurde Pfarrer Karl Steinbauer, der wegen seiner klaren Haltung gegen den Nationalsozialismus mehrmals in KZ-Haft war, von der Kirchenleitung ermahnt, sich um seine Gemeinde zu kümmern und sich kirchenpolitisch zurückzuhalten.

Wie überhaupt die Erfahrungen der wenigen bayerischen Pfarrer, die unter hohem Risiko Widerstand gegen den Nationalsozialismus geleistet hatten, in der Nachkriegszeit keine Rolle spielten. Karl Steinbauer, der dann 1964 doch zum „Kirchenrat“ ernannt wurde, gab diese Ernennung zurück mit der Bemerkung, die Kirche habe seines Rates von 1933 bis 1945 nicht bedurft, so müsse sie auch künftig auf ihn verzichten.

Es dauerte lange, bis ein Bundespräsident es 1985 wagte, den 8. Mai als „Tag der Befreiung“ zu bezeichnen. Die bayerische Landeskirche tat das vor 75 Jahren jedenfalls nicht und brauchte auch danach ziemlich lange, ihre Vergangenheit aufzuarbeiten.

Seit' an Seit' mit Karl Marx

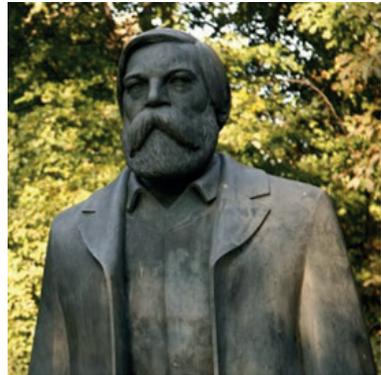
Der Geburtstag von Friedrich Engels jährt sich zum 200. Mal / Von Hans-Gerhard Koch

Ein paar Denkmäler gibt es noch: Karl Marx und Friedrich Engels, Seit' an Seit' im Marx-Engels-Forum in Berlin. Oder auch Engels alleine, neuerdings der Stadt Wuppertal von China geschenkt – aus Anlass des 200. Geburtstags des Philosophen und Textilunternehmers.

Es gibt sogar eine Kirche, die Friedrich Engels gestiftet hat. Allerdings war das Friedrich Engels senior, der Wuppertaler Spitzenfabrikant und pietistische Protestant.

Sein Sohn hat sich mit diesem Vater und seinem Glauben lebenslang auseinandergesetzt, auch wenn er sich früh distanziert hat. „Muckertal“ hat er Wuppertal spöttisch genannt, oder „das Zion der Obskuranten“. Kirchtürme und Fabrikschlote streiten sich um die Lufthoheit in Barmen, und oft sind die glühendsten Pietisten auch die erfolgreichsten Geschäftsleute. Friedrich Engels junior schreibt: „Es herrscht ein schreckliches Elend unter den Fabrikarbeitern in Wupperthal. Die reichen Fabrikanten aber haben ein weites Gewissen, und ein Kind mehr oder weniger verkommen zu lassen, bringt keine Pietistenseele in die Hölle.“

Trotzdem macht er eine Kaufmannslehre in Bremen, wohnt in einem Pfarrhaus und schreibt gleichzeitig unter einem Pseudonym kritische Zeitungsartikel. Noch ist seine Empörung über die Zustände theologisch und moralisch motiviert. Erst Jahrzehnte später wird er zusammen mit Karl Marx zum Atheisten. Aber er bleibt ein Missionar, der Missionar des wissenschaftlichen Sozialismus. Und dieser Sozialis-



mus, der am Ende in den Kommunismus münden sollte, hat durchaus eschatologische Züge. „Das Kommunistische Manifest“, das er 1848 zusammen mit Marx verfasst, zeigt deutlich religiöse Züge. Nur erwartet er die Erlösung nicht mehr im Jenseits, sondern in Wirtschaft und Politik.

Gleichzeitig leitet Engels die ererbte Textilfabrik in England, liebt ein irisches Arbeitermädchen und ermöglicht dem notorisch klammen Karl Marx das Überleben und Studieren. Engels ist es auch, der die Bände des „Kapital“ herausgibt, weil Marx kein Ende findet. Seine soziologische Studie über „Die Lage der arbeitenden Klasse in England“ ist bis heute ein Klassiker.

Was bleibt, nachdem im Zuge der „Wende“ etliche Denkmäler von Marx und Engels auf den Schrottplatz oder in entlegene Ecken gewandert sind?

Ich denke, die Auseinandersetzung zwischen Christentum und Sozialismus muss nicht so enden wie bei

Im August vor 75 Jahren fielen die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki

Äußerstes Mittel der Friedenssicherung?

Von Hans-Willi Büttner

Kernwaffen im Krieg zur Explosion zu bringen ist auch 75 Jahre nach der Vernichtung von Leben und Lebensraum in den beiden japanischen Städten noch immer eine militärische Option. Keiner will es tun „müssen“, aber jeder Aggressor möge wissen, wovor er sich zu fürchten hat, wenn er es wagen sollte, einen Krieg anzuzetteln. Und weil es eine Frage von Furcht und Propaganda ist – und auch von zahlreichen Erfahrungen im Lauf der Geschichte –, dem Feind bösesten Willen zu Macht und Unterdrückung zu unterstellen, muss man ihm auch zeigen, wozu man bereit wäre,



Le cenotaphe de la bombe A © Simon Desmarais

Seit' an Seit' mit Karl Marx

Friedrich Engels. Sie hat auch mit ihm nicht aufgehört. Christoph Blumhardt, aber auch Karl Barth haben sich als „Religiöse Sozialisten“ verstanden, genauso wie die Theologie der Befreiung in Lateinamerika. Freilich auch ein Christentum, das sich vom Antikommunismus her definiert und nichts dabei findet, gleichzeitig fromm und geldgierig zu sein und ein „Wohlstandsevan-gelium“ zu verkündigen: Wenn du reich wirst, segnet dich Gott. So gesehen, ist Friedrich Engels keineswegs tot.

wenn man selbst böse wird. Wer dabei die Guten sind, ist eine Frage der Perspektive. Und so nennt man die Drohgebärden friedenssicherndes atomares Gleichgewicht.

Zu Zeiten des Kalten Kriegs gab es Planspiele, die Panzerarmeen des Warschauer Pakts in der sogenannten Fuldaer Lücke notfalls mit „strategischen“ Kernwaffen zu stoppen. Es gab Berechnungen, bei welcher Art der Kriegsführung mehr bzw. weniger Menschen ums Leben kommen würden. Die Furchtpropaganda hat nachgelassen, aber sie erfüllt noch immer ihren Zweck. Darum lagern Tausende von Kernwaffen in den Arse-

nalen der Welt, 20 davon auch auf deutschem Boden in Büchel. Vor Kurzem wurden sie technisch auf den neuesten (Droh-) Stand gebracht, gemäß den „Gesetzen“ der Rüstungsspirale.

Was haben wir gelernt? Das „Gleichgewicht des Schreckens“ hat seit 1945 funktioniert. Niemand hat mehr Kernwaffen im Kriegsfall gezündet. Aber weil sie da sind, kann durch sie ein Weltbrand entfacht werden, das Gegenteil von Frieden und Gerechtigkeit. Das Kriegsoffer wäre eine ganze gedeihende Lebenswelt.

Nützen die Bomben dem Weltfrieden? Haben die Bomben bisher die Wahnsinnigen dieser Welt in Schach gehalten, und erfüllen die Bomben künftig diese Aufgabe? Wir bemerkten es kaum, wie wir die Denke der Militärstrategen übernommen haben und ihren mit Rechenbeispielen aufbereiteten Warnungen Glauben schenken. Es wäre angeblich zu gefährlich für Leib, Leben und Land, wenn wir nicht immer und überall stattlich gerüstet sind ... Es war auch zu lernen, dass die Bomben nichts nützen, keine Kriege verhindern, die nicht auch anders verhindert werden konnten, oder die dennoch ausbrachen, wenn nicht gar gewollt waren. Wir haben gelernt, dass

man Weltenzünder und Terroristen unter keinen Umständen an Nuklearwaffen herankommen lassen darf. Die Drohung mit der Bombe schreckt aber gerade sie nicht ab.

Man konnte im Zuge unserer Möglichkeiten, die ganze Welt zu bereisen, lernen, dass die Menschen – nennen wir sie „die Normalen“ – nichts anderes wollen, als in Frieden gelassen zu werden. Es hat sich eine Sprachfähigkeit des Willens zum Frieden und zu friedlichen Konfliktlösungen entwickelt und gefestigt, und Strategien, die zu Frieden und Verständigung führen, haben an Boden gewonnen. Das war auch im Religionsunterricht zu lernen. Der religiös verbrämten Kriegsrhetorik sind wir in den vergangenen 75 Jahren entwachsen. Und auch das ist bleibender Lernstoff: Ohne geduldige und beharrliche Diplomatie geht es nicht. Sie ist ja sogar unter einander Wohlgesinnten kein einfaches Ding. Aber es braucht keine Atombombe als äußerstes Mittel der „Friedenssicherung“. Verhandelt sie weg! Befreit euch und uns von dieser Last!

In Hiroshima brennt im Friedenspark eine ewige Flamme, die keine ewige bleiben will. Sie wird erlöschen, wenn es auf der Welt keine Atomwaffen mehr gibt.

Das integrierte Klimaschutzprojekt der ELKB startet, wenn auch verspätet

Kirchen – klimaneutral bis 2050?

Von Gerhard Monninger

Am 14. März 2020 sollte es richtig losgehen: Die Evangelische Stadtakademie und das Evangelische Bildungswerk Nürnberg hatten Kirchenvorstände, Einrichtungsleitungen und Umweltbeauftragte zu einem Studientag am 14. März eingeladen, um über das Integrierte Klimaschutzkonzept der Landeskirche zu informieren, sich über eigene Möglichkeiten zum Klimaschutz zu verständigen und gelungene Praxisbeispiele kennenzulernen. Daraus wurde nichts – wegen Corona.

Was wurde da so jäh gestoppt?

Der Königsweg zu mehr Klimaschutz in der Kirche war bisher das Umweltmanagementsystem „Grüner Gockel“. Aus ganz kleinen Anfängen hat es sich so gut entwickelt, dass bis heute an die 130 Kirchengemeinden und Einrichtungen zertifiziert sind. Die Initiative dafür ging aber immer von den Gemeinden aus, also „von unten“.

Seit dem Beschluss der Landessynode vom März 2019 gibt es nun auch eine Klimainitiative „von oben“, das **Integrierte Klimaschutzkonzept**. Damit will die Landeskirche sich auf den Weg machen, einen messbaren Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Zunächst werden gemeinsam mit möglichst vielen Kirchengemeinden und kirchlichen Einrichtungen die Höhe der aktuellen Treibhausgas-Emissionen erhoben und gleichzeitig Maßnahmen zu deren Verringerung entwickelt. Ziel

ist, einen angemessenen Beitrag zum Erreichen des 2-Grad-Ziels bis hin zur Klimaneutralität zu leisten. Das Klimaschutzkonzept will Schöpfungsverantwortung in den Alltagsroutinen verankern.

Zuvor schon fanden in den Kirchenkreisen Regionalworkshops statt, die das Konzept vertiefen und abrunden sollten. Es bietet nun eine Fülle von praktischen Umsetzungsmöglichkeiten, aus denen die Kirchengemeinden vor Ort auswählen können. Für jede Gemeinde und Einrichtung hält es die jeweils richtigen Instrumente bereit. Bei den Haushaltsberatungen der Landessynode im Herbst 2019 wurden schließlich noch die Mittel bereitgestellt, um zwei Klimaschutzmanager*innen – befristet – anzustellen. Im Herbst 2020 treten sie ihren Dienst an.

Dass die Synodalen den Weg für diesen großen Schritt freigemacht haben, liegt sicher nicht allein daran, dass sie den Klimaschutz für eine der zentralen Herausforderungen dieses Jahrhunderts halten. Geholfen hat, dass die Kirchen über die Nationale Klimaschutzinitiative der Bundesregierung einen nicht unbeträchtlichen Zuschuss zu ihren klimabezogenen Personalkosten bekommen.

Eine ausführliche Beschreibung des integrierten Klimaschutzkonzepts mit 22 Maßnahmenvorschlägen findet sich unter <https://umwelt-evangelisch.de/klimaschutz/klimawandel-und-klimaschutz>.

Bericht aus dem Leitenden Team (LT)

Auch das LT hat sich für seine Sitzungen im April und Mai in Videokonferenzen getroffen. Eine neue Erfahrung, noch gewöhnungsbedürftig, aber gewiss eine Art der Versammlung, die das Zusammenwirken künftig vereinfacht. Die Themen:

- **Synode und Synodale.** Vor Beginn der Maßnahmen gegen die Pandemie hatten Mitglieder des LT begonnen, persönliche Kontakte zu Synodalen aufzunehmen. Ziel: Kennenlernen und die Vorstellung der Initiative für Pfarrer*innen mit kommunalpolitischem Mandat. Die Kontaktaufnahmen sollen bald fortgesetzt werden. Zur (abgesagten) Frühjahrssynode wollte der AEE für Einzelgespräche präsent sein. Das ist nun für die Synode im Herbst vorgesehen.
- **Pfarrer*innen mit kommunalpolitischem Mandat.** Voraussichtlich zur Frühjahrssynode 2021 wird der AEE eine Eingabe vorlegen, um zu erreichen, dass künftig betroffene Pfarrer*innen nicht mehr in den unbezahlten Wartestand eintreten müssen, wenn sie für ein kommunales Parlament gewählt werden.
- **Mitglieder.** Bei der bevorstehenden Mitgliederversammlung am 19. September im Anschluss an die Thementagung muss das Leitende Team für drei Jahre neu gewählt werden. Es sollten acht Personen sein. In der laufenden Wahlperiode war es trotz mehrfacher Anstrengungen nicht gelungen, das LT wieder von sechs auf acht aufzustocken. Wir brauchen unbedingt die Bereitschaft einiger Mitglieder, sich auf dieses ehrenamtliche Engagement für den AEE einzulassen.
- **Neues-Wirtschaftswunder.de.** Da das Anliegen der Initiative „Neues Wirtschaftswunder für eine sozial-ökologische Transformation“ den Intentionen des AEE entspricht, hat das LT beschlossen, den Offenen Brief an die Bundeskanzlerin, Minister*innen und

MdBs im Namen des AEE zu unterzeichnen: <https://neues-wirtschaftswunder.de/projekte/offener-brief>

- **Arbeit im Hintergrund.** Das LT dankt den hoch engagierten Mitgliedern „im Hintergrund“ ausdrücklich und herzlich für ihre kreative und beharrliche Arbeit
- für unsere Zeitschrift b&k – Berichte und Kommentare
- für unsere Website www.aee-online.de und die Facebookseite
- für die Ausrichtung der Veranstaltungen in den Regionalgruppen
- und allen, die uns in Freundschaft beratend unterstützen!

**MITGLIEDER-
VERSAMMLUNG**
bei der
Jahrestagung 2020
am 19. September 2020
im eckstein, Nürnberg

Die Einladung mit Tagesordnung ist Bestandteil der Einladung zur Jahrestagung auf dem Einleger.

Aus den Regionalgruppen

Augsburg

Protokoll einer Videokonferenz vom 4.5.2020: **Was können wir als AEE-Regionalgruppe Augsburg zur Corona-Pandemie und ihren Folgen sagen?**

Hinsichtlich Kirche und Diakonie:

1. Wir möchten eine Diskussion zu zwei Fragen anstoßen:

1.1 Waren die Einschränkungen der Religionsfreiheit durch die Regierenden angemessen?

1.2 War das Verhalten der Kirche zu den Einschränkungen der Religionsfreiheit angemessen?

2. Wir möchten gerne eine religionssoziologische/empirische Erhebung durch eine Evang. Hochschuleinrichtung oder Akademie anregen: Wie sind die Angebote und Maßnahmen der Kirche, der Gemeinden und Dienste und Werke zur Corona-Krise bei den Menschen in und außerhalb der Kirche angenommen worden?

3. Wir möchten das Leitende Team des AEE bitten, bei Diakonie und Landeskirche anzufragen, ob die Gehälter/Verfügungen für Pflegeberufe angemessen gestaltet sind.

Hinsichtlich Staat und Gesellschaft:

4. Wir stoßen einen Aufruf zu einer allgemeinen Impfung bei Krankheiten, wie Grippe-Epidemien, an.

Bei Sars-CoV-2 haben wir noch keinen Impfstoff, gegen Grippe-Viren aber schon. 2017/18 hat die Grippeepidemie über 25.000 Tote allein in Deutschland gefordert. Leider hat man damals kaum etwas im Vergleich zur diesjährigen Corona-

Pandemie gemacht. Die Maßnahmen zur Beseitigung der Pandemie jetzt halten wir für richtig. Die Konsequenzen müssen aber daher auch hinsichtlich z. B. Grippeepidemien gezogen werden, wo Impfstoffe vorhanden sind.

5. Wir möchten die Entschlossenheit von Politik und Gesellschaft zur Beseitigung der Klimakrise verstärken:

Die Corona-Pandemie ist unter Umständen die Folge einer Zoonose in China (Provinz Wuhan). In jedem Fall gefährdet ein nahes Zusammenleben von Tieren und Menschen die Artenvielfalt einerseits und die Gesundheit der Menschheit andererseits.

Erläuterung: Mit dem Zurückgehen von Wäldern durch Abholzung (z. B. auch Brasilianischer Urwald) und dem damit verbundenen Druck auf die Tierwelt, mit dem Menschen in Nähe zusammenleben zu müssen, ist die Pandemie im Zusammenhang mit dem Klimawandel und einer seiner Ursachen – der Abholzung von Wäldern – zu sehen. Daraus folgt, dass der Behebung der Klimakrise verstärkt Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. Des Weiteren sollten weltweit Rückzugsräume für die Tierwelt eingefordert und eingerichtet werden (länderübergreifende Verbindung von Naturschutzgebieten). Staatshilfen für Industrien und Staaten, die Raubbau an der Natur betreiben oder begünstigen, sollten von Reformen abhängig gemacht werden, um Zoonosen und Pandemien in Zukunft zu minimieren.

Martin Kleineidam

Regionalgruppe Nürnberg

3.3.2020 „Rechte Christen – Ist die AfD auf dem Weg in die Kirchen?“

Martin Becher, Dipl.-Pol. und Dipl.-Päd., stellt sich vor als Geschäftsführer des Bündnisses für Toleranz Bayern mit dem Sitz in Bad Alexandersbad, dem derzeit 44 Organisationen angehören. Die Geschäftsstelle des Bündnisses ist zugleich die landeskirchliche Fachstelle gegen Rechtsextremismus.

Bei „Rechtsextremismus“ unterscheidet Becher vier Phänomene:

1. Rechtsterrorismus, z. B. Hanau 2020
2. Rechtsextremismus mit Bezugnahme auf den NS-Staat
3. Rechtspopulismus
4. „Neue Rechte“ als intellektueller Arm des Rechtsextremismus, z. T. unter Rückgriff auf die „Konservative Revolution“ am Ende der Weimarer Republik (Schmitt, Jünger, Mohler, heute Kubitschek).

Typisch für den Rechtsextremismus ist, dass er keine Antworten auf heutige politische Sachfragen hat, sondern nur „Metapolitik“, „Symbolpolitik“ und „Metakommunikation“ betreibt. Es geht um sog. höhere Werte („Blubo und Brasi“ – Blut und Boden, Brauchtum und Sitte).

Die Fachstelle der Landeskirche konzentriert sich auf „Systemische Kommunikation“ (dazu ein Studientag am 18.10.2020 im eckstein). Die rechtsextrem denkenden Menschen, auch innerhalb der Kirche, sind weniger an Argumenten und Inhalten, sondern an Anerkennung und Selbstdarstellung interessiert, entsprechend muss auch argumentiert werden.

Inhaltlich berufen sich die „Neuen Rechten“ auf die drei angeblichen Wurzeln: Christentum, Aufklärung (!) und Römi-

ches Recht (so das Parteiprogramm der AfD). Sie sind gegen den „Multikulturalismus“ und sehen die deutsche kulturelle Identität gefährdet.

Es gibt sogar den Versuch einer rechtsradikalen Vereinnahmung Dietrich Bonhoeffers. Hierzu der Artikel „Wem gehört Bonhoeffer?“ in www.zeitzeichen.net.

Die Frage an den AEE ist, wie wir theologisch damit umgehen, z. B.

- mit einer historisch-kritischen Bewertung der Bibelstellen zur Homosexualität
- mit einer gesamtbiblischen Sicht der Rolle der Frau
- mit einer biblisch begründeten Absage an jeglichen Rassismus
- mit einem Bekenntnis zur Bewahrung der Schöpfung.

Die Regionalgruppe Nürnberg hat vereinbart, sich diesen Fragestellungen bei ihrem nächsten Treffen zu widmen.

b&k – Berichte und Kommentare

Das Magazin des Arbeitskreises Evangelische Erneuerung (AEE).

Erscheinungsweise: halbjährlich

Herausgeber: Hans-Willi Büttner,
Sprecher des AEE

Redaktion: Gerhard Monninger (gm), Martin Kleineidam (mk), Dr. Hans-Gerhard Koch (HG), Lutz Taubert (lt)

Druck: DCT GmbH-Druckerei und Copyshop in Coburg, Oberfranken.

Der AEE ist eine innerkirchliche Richtungsgruppe im Raum der Evang.-Luth. Kirche in Bayern

AEE-Geschäftsstelle: Beate Rabenstein, Geschäftsführung,
Hermann-Löns-Str. 19, 90765 Fürth

AEE im Internet:

<http://www.aee-online.de>

Regionalgruppe München

Neue Deutsche Einheit?

„30 Jahre 3. Oktober 1990“ - Ein Gespräch mit dem vormaligen DDR-Pfarrer Stephan Philipp (Berlin-Brandenburg). Eine Kooperationsveranstaltung mit der Münchner Andreasgemeinde Fürstenried-West.

Montag, 28. September 2020, 19.30 Uhr.
Bitte wg. Corona-Regelung mit Voranmeldung unter bachtaube@freenet.de.

Der AEE ist auch
auf Facebook



www.facebook.com/AEEbayern

Namen und Adressen

Leitendes Team

Hans-Willi Büttner, Sprecher,

Pfarrer i. R., Lübecker Str. 6, 90766 Fürth, 0911-897832 aee-bayern@elkb.de

Anne-Kathrin Kapp-Kleineidam,

Gemeindepfarrerinnen, Augsburg, 0821-95022 Kapp-Kleineidam@elkb.de

Heike Komma,

Religionspädagogin, Bayreuth, 0921-596140 kirchplatztreff@gmx.de

Dr. Bernd Wintermann,

Lehrer i. R., München, 089-3004676 Bernd.wintermann@gmx.de

Thomas Zeitler,

Pfarrer Lorenzer Laden, Nürnberg, 0911-49074835 ladenpfarrer@gmx.de

Beate Rabenstein, Geschäftsführerin,

Hermann-Löns-Str. 19, 90765 Fürth, 0911-7807204 f-b-rabenstein@gmx.de

Regionalgruppe Augsburg

Martin Kleineidam,

Pfarrer, Klausenberg 1, 86199 Augsburg 0821-91182 Martin.Kleineidam@elkb.de

Regionalgruppe München

Gerhard Monninger,

Pfarrer i. R., Buttermelcherstr. 19, 80469 München, 089-88 98 35 34 gerhardmonninger@web.de

Regionalgruppe Nürnberg

Hans-Willi Büttner (siehe oben) und

Dr. Hans-Gerhard Koch, Pfarrer i. R., Sonneberger Str. 10, 90765 Fürth, hagekoch@kabelmail.de

Regionalgruppe Bayreuth

Dr. Jürgen Wolff ,

Religionspädagoge, 0921-5606811 wolff@ebw.bayreuth.de

Johannes Herold,

Pfarrer, Pfarrstr. 6, 95100 Selb johannes.a.herold@googlemail.com

Denkbarer Denkmalsturz

Am Deutschen Eck in Koblenz ist er unterwegs, hoch zu Ross. Oder an der Hohenzollernbrücke in Köln, in Wuppertal, in Aachen, Berlin, auch in Johannesburg und in Haifa, in Doorn in den Niederlanden und in Bromberg, ehemals Ostpreußen: Überall dort steht oder – mehr noch – sitzt er auf seinem Pferd, das einen kupfernen Prachtarsch hat. Er selber: Schnurbart, gezwirbelt. Und trägt einen Helm, der selbst nochmals besonders aufgezupft ist: mit einem Adler, die Flügel ausgebreitet, als ob er gleich zum Angriffsflug starten wolle.

Das Denkmal: Kaiser Wilhelm zwei. Mit preußischem Adlerhelm. Und mit Kaiser-Wilhelm-Bart, den seinerzeit jedermann zu tragen pflegte.

Wenn überall sonst auf der Welt Kolumbus, Sklavenhändler, oder etwa Leopold I., belgischer König, der für eine blutige Kolonialepoche thront, vom Sockel geholt, ins Wasser gestürzt oder mit Spraydosen gekennzeichnet werden, wieso sollten wir da nicht mithalten können?

Nur so eine Idee: Holen wir doch diesen Kaiser Wilhelm II. vom Sockel!

Nicht etwa deshalb, weil wir den sogenannten „Ausbruch“ des Ersten Weltkriegs, falls wir ihn an einer Person festmachen wollten, am ehesten noch diesem

Wilhelm zwei anlasten könnten. Sondern vor allem, weil unser letzter Kaiser die Expansion des Deutschen Reichs nach Übersee antrieb und damit zum Menschheitsverbrecher wurde:

Der Mann verantwortete den ersten Völkermord des 20. Jahrhunderts, den Vernichtungskrieg gegen die Herero und die Nama in Deutsch-Südwestafrika. Also weg mit ihm? Was wir hier auf der letzten Seite als vermeintlich überspitzte Glosse begonnen haben, kippt an dieser Stelle ins Ernste.

Natürlich bringen wir hier auch die Gegenposition: Lächerlich zu meinen, dass man mit einem Denkmal-

sturz die Geschichte korrigieren könnte. Und auch nicht unsere Erinnerung daran. Statt Denkmäler zu stürzen, sollten wir sie erklären. Denn Denkmäler wie die von Wilhelm dem Zweiten drücken etwas aus: unsere Geschichte, unsere Kultur, unsere Identität – im Guten wie im Schlechten.

Unser bayerisches Postscriptum: Wir im Süden, im ehemaligen Reich der Wittelsbacher, tun uns natürlich leicht, den Denkmalsturz eines preußischen Hohenzollern zu fordern, er posiert ja nicht bei uns.

Lutz Taubert

